

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung von 16. Januar 2015, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtpräsident Raphael Lanz (bis zur Wahl des neuen Stadtratspräsidenten) Stadtratspräsident Thomas Hiltbold Peter Aegerter, Martin Allemann, Heidi Anderes, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser-Liebi, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Markus van Wijk, Till Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth und Gemeinderäte Roman Gimmel, Peter Siegenthaler und Konrad Hädener
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadtrat Jonas Baumann-Fuchs
Schluss der Sitzung	19:00 Uhr

Musikalischer Auftakt der neuen Legislatur durch Alexandre Dubach, Violine und David Zipperle, Gitarre.

Stadtpräsident Raphael Lanz eröffnet die Sitzung und bedankt sich für den musikalischen Auftakt. Er begrüsst alle Anwesenden zum Legislaturbeginn und hofft auf eine gute Zusammenarbeit von Stadtrat und Gemeinderat. Speziell heisst er Adrian Christen (SP), Roman Gugger (Grüne), Nicole Krenger (glp), Lukas Rohr (CVP), Till Weber (JG) und Mark Van Wijk (FDP) als neue Stadtratsmitglieder willkommen und wünscht ihnen für die Arbeit im Rat viel Freude.

Er bezeichnet Lukas Rohr (CVP) und Susanna Ernst-Reusser (BDP) als provisorische Stimmenzähler.

1. Wahl des Stadtratsbüros 2015

Stadtratsbericht Nr. 1/2015

a) Stadtratspräsidium

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, schlägt *Thomas Hiltbold (Grüne)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Thomas Hiltbold (Grüne) einstimmig zum Stadtratspräsidenten.

Der Stadtpräsident gratuliert Thomas Hiltbold zur Wahl und wünscht ihm alles Gute für das kommende Präsidialjahr. (Applaus)

Stadtratspräsident Thomas Hiltbold freut sich über das Vertrauen des Rats und nimmt die Wahl dankend an.

Er bedankt sich für die Mitbestimmungsmöglichkeit bei der Musikwahl. Ihn und den Musiker Alexander Dubach verbinden zwei Dinge: Sie hatten dieselbe Geigenlehrerin und haben die gleiche Leidenschaft für Eichhörnchen. Er hat sich vor einigen Jahren gemeinsam mit Alexander Dubach für die Eichhörnchen-Population auf dem Schlossberg eingesetzt, die damals gefährdet war und heute trotz seinem Einsatz leider nicht mehr besteht. Wenn nicht auf dem Schlossberg, dann aber immerhin noch an anderen Orten. Er betont die Virtuosität des Geigenspielens und fragt sich, wie sich eine solche Virtuosität bei einem Politiker anhören würde.

Er dankt seiner Vorgängerin Sandra Ryser-Liebi im Namen des Stadtrats für ihre Arbeit und ihren Einsatz. Sie hat die Stadt Thun im Jubiläumsjahr "750 Jahre Thuner Stadtrecht" mit viel Würde, Freude, Ernsthaftigkeit und einer Prise Humor repräsentiert und hat sich mit Leichtigkeit und Eleganz durch die Gesellschaft bewegt. Er überreicht ihr als Dank einige kleine Geschenke, die zur Erholung von den Strapazen des vergangenen Jahres beitragen sollen. (Applaus)

Herr Hiltbold erzählt von einem Gespräch mit einem Stadtratskollegen, der bemängelt, dass man sich im Stadtrat oft nicht richtig zuhöre und bereits mit einem vorbereiteten Statement in die Sitzung komme. Dadurch wird ein spontanes Eingehen auf Argumente und ein Loslösen der eigenen vorgefassten Meinung schwierig. Eine Stadtratssitzung sollte mehr sein als nur eine öffentliche Verlesung von Fraktionsstandpunkten. Die Kreativität und Freiheit der einzelnen Ratsmitglieder wird durch eingeschliffene Politmechanismen wie ein strenger Fraktionszwang gehemmt. In Thun haben sich drei Lager mit Leuten aus 10 verschiedenen Parteien gebildet: Das rechte, mittlere und linke Lager. Er hofft auf eine weiterhin breite Meinungsvielfalt und ein neugieriges Zuhören im Stadtrat. Kritisches Reflektieren sei durch eine einheitliche Parteimeinung und ein geschlossenes Auftreten nicht möglich. Er glaubt an Wettbewerb und Qualität von Ideen und daran, dass es auch ausserhalb der eigenen Partei gute Ideen gibt. Er hinterfragt die Sitzordnung im Stadtrat und überlegt, ob man nicht Mitgliedern aus anderen Fraktionen die Teilnahme an der eigenen Fraktionssitzung ermöglichen sollte. Die Stadt Thun wird durch einen offenen Diskurs und unterschiedliche Haltungen, nicht durch ein schablonenhaftes ideologisches Pro-Kontra weiter-

gebracht. Mit seiner Sitzungsleitung möchte er dazu beitragen, dass offenes und spannendes Diskutieren möglich bleibt. Er wünscht allen ein gutes und von offenem Dialog geprägtes Jahr. (Applaus)

b) Erstes Vizepräsidium

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, schlägt *Matthias Wiedmer (SVP)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Matthias Wiedmer (SVP) einstimmig zum ersten Vizepräsidenten.

c) Zweites Vizepräsidium

Piero Catani, **SP-Fraktion**, schlägt *Sandra Rupp Gyger (SP)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Sandra Rupp Gyger (SP) einstimmig zur zweiten Vizepräsidentin.

d) Zwei Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, schlägt *Lukas Rohr (CVP)* zur Wahl vor.

Peter Aegeter, **BDP-Fraktion**, schlägt *Susanna Ernst-Reusser (BDP)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Lukas Rohr (CVP) und Susanna Ernst-Reusser (BDP) einstimmig als Stimmenzählerin und Stimmenzähler.

Stadtratsbeschluss

Gestützt auf die Beratungsergebnisse der Stadtratspräsidienkonferenz vom 15. Dezember 2014 sowie Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements Stadtrat über den Turnus der Fraktionen in der laufenden Legislaturperiode wird somit für das Jahr 2015 in den das Stadtratsbüro gewählt:

Stadtratspräsidium:	Thomas Hiltbold (Grüne)
1. Vizepräsidium:	Matthias Wiedmer (SVP/FDP)
2. Vizepräsidium:	Sandra Rupp Gyger (SP)
Stimmenzähler:	Lukas Rohr (FdM/CVP)
	Susanna Ernst (BDP)

Sitzungsunterbruch: 30 Minuten (Wahlapéro)

2. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. Dezember 2014

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

3. Stadträtliche Kommissionen

Wahl von je sieben Mitgliedern, Präsidium und Vizepräsidium der fünf Sachkommissionen (SAK-O's)

Stadtratsbericht Nr. 2/2015

Stadtratsbeschluss:

Gestützt auf die Beratungsergebnisse der Stadtratspräsidienkonferenz vom 15. Dezember 2014 sowie Artikel 34 Stadtverfassung werden zur Wahl für die laufende, am 31. Dezember 2018 endende Amtsdauer nachfolgende Mitglieder gewählt:

a) Sachkommission Präsidiales und Finanzen (P+F)

1. Präsidium 2015	Simon Schweizer	SVP/FDP
2. Vizepräsidium 2015	Thomas Hiltbold	Grüne/JG
3. Mitglied	Sandra Ryser-Liebi	SVP/FDP
4. Mitglied	Serge Lanz	SVP/FDP
5. Mitglied	Martin Allemann	SP
6. Mitglied	Nicole Krenger	FdM
7. Mitglied	Daniela Huber Notter	BDP

b) Sachkommission Bau und Liegenschaften (B+L)

1. Präsidium 2015	Simon Werren	BDP
2. Vizepräsidium 2015	Philippe Deriaz	SVP/FDP
3. Mitglied	Michael Dähler	SVP/FDP
4. Mitglied	Alfred Blaser	SP
5. Mitglied	Franz Schori	SP
6. Mitglied	Jonas Baumann	FdM
7. Mitglied	Lukas Rohr	FdM

c) Sachkommission Bildung Sport Kultur (BiSK)

1. Präsidium 2015	Nora Läng	SP
2. Vizepräsidium 2015	Manfred Locher	FdM
3. Mitglied	Carlo Schlatter	SVP/FDP
4. Mitglied	Barbara Klossner	SVP/FDP
5. Mitglied	Sandra Rupp Gyger	SP
6. Mitglied	Susanna Ernst	BDP
7. Mitglied	Beat Grimm	Grüne/JG

d) Sachkommission Sicherheit und Soziales (Si+So)

1. Präsidium 2015	Roman Gugger	Grüne/JG
2. Vizepräsidium 2015	Piero Catani	SP
3. Mitglied	Matthias Wiedmer	SVP/FDP
4. Mitglied	Daniel Schenk	SVP/FDP
5. Mitglied	Reto Schertenleib	SVP/FDP
6. Mitglied	Heidi Anderes	FdM
7. Mitglied	Reto Vannini	BDP

e) Sachkommission Stadtentwicklung (StE)

1. Präsidium 2015	Andreas Kübli	FdM
2. Vizepräsidium 2015	Peter Aegerter	BDP
3. Mitglied	Christine Buchs	SVP/FDP
4. Mitglied	Alain Kleiner	SVP/FDP
5. Mitglied	Lukas Lanzrein	SVP/FDP
6. Mitglied	Adrian Christen	SP
7. Mitglied	Andrea de Meuron	Grüne/JG

4. Kenntnisnahme von der Zuteilung der Direktionen und Pensen an die Mitglieder des Gemeinderates für die Legislaturperiode 2015 bis 2018 und Genehmigung des Gesamtpensums von 380 Prozent

Bericht des Gemeinderates 3/2015

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 1 und Artikel 3 Absatz 2 LGR und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 7. Januar 2015, beschliesst:

1. Kenntnisnahme von der Zuteilung der Direktionen und Pensen an die Mitglieder des Gemeinderates für die Legislaturperiode 2015-2018.
2. Das Gesamtpensum von 380 Prozent wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

5. Interpellation I 6/2014 betreffend Grundhaltung der Stadt gegenüber Anlässen, deren Organisatoren und den Gastronomiebetrieben

Alain Kleiner (SVP), Lukas Lanzrein (SVP), Michael Dähler (SVP) und Mitunterzeichnende; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung, welche die Fraktion befriedigt. Die Fraktion stellt fest, dass der Ist-Zustand im Umgang mit Behörden und Bedingungen für Gastrogewerbe noch nicht stimmt. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass er bestmögliche Voraussetzungen für eine attraktive und lebendige Innenstadt schafft. Bei der Stadtbehörde besteht diesbezüglich Handlungsbedarf.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, betont, dass Teile der Fraktion die vorherige Aussage von Stadtrat Alain Kleiner unterschreiben würden.

6. Motion M 2/2014 betreffend Entwicklung Areal Lachen-Wiese;

Lukas Lanzrein (SVP), Peter Stutz (Grüne), Sandra Rupp (SP), Hanspeter Aellig (FDP) und Mitunterzeichnende; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth erklärt, dass der Gemeinderat die Situation auf der Lachen-Wiese ähnlich beurteilt wie die Motionärinnen und Motionäre. Sie erinnert an den langen Prozess vom 12. August 1014, an dem sich der Stadtrat implizit gegen das Projekt Buena Vista ausgesprochen hat. Damals hat der Gemeinderat keine Möglichkeit gesehen, die Parzelle weiter zu entwickeln und deshalb einen Marschhalt eingelegt. Sie teilt die Meinung, dass es sich bei der Lachen-Wiese um ein sehr bedeutendes und seltenes Areal für die Region handelt. Das Projekt ist Teil der Ortsplanung, welche in diesem Fall eine gute Möglichkeit für eine Gesamtsicht des Gebietes ist. Der Gemeinderat wird das Projekt sorgfältig begutachten und im öffentlichen Interesse sinnvolle Nutzungen des Areals prüfen. Der Gemeinderat beantragt die Annahme des Antrags.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, freut sich über die Unterstützung des Gemeinderates. Er verweist die Kritisierenden auf den kommunikativen Aspekt des Projekts. Es bestehen keine Differenzen zum Gemeinderat. Dennoch wurden innerhalb kürzester Zeit drei grössere Projekte nicht realisiert. Diese stehen nicht im Zusammenhang mit dem Jetzigen. Thun sei nach wie vor eine unternehmer- und investoren-

freundliche Stadt mit vielfältigen Realisierungsmöglichkeiten für gute und grosse Projekte. Die Fraktion möchte festhalten, dass in Thun auch weiterhin Projekte realisiert und neu gestaltet werden können. Die Fraktion bittet den Gemeinderat, bald mit der Planung des Projekts im Rahmen der Ortsplanungsrevision zu beginnen. Sie begrüssen eine Realisierung innerhalb einer sinnvollen Frist. Die SVP/FDP-Fraktion empfiehlt die Annahme der Motion.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion der Motion zustimmt. Die Fraktion erhofft sich im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine gute Lösung im Sinne einer attraktiven Arealentwicklung. Die Frage stellt sich, was mit verschiedenen Anlässen in den letzten Jahren im ersten Abschnitt des Berichtes gemeint ist. Die Fraktion sieht darin eine Möglichkeit, den Platz gelegentlich zu nutzen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, stimmt Stadtrat Lukas Lanzrein zu. Mit diesem Vorstoss soll ein Zeichen gesetzt werden, dass man als Investor in Thun etwas realisieren kann. Die Fraktion wundert sich über den Vorstoss für eine ergebnisoffene aber unkonkrete Arealentwicklung im Rahmen der Ortsplanungsrevision von ausgerechnet denjenigen Fraktionssprecherinnen und -sprechern, die sich kurz davor gegen das Projekt Buena Vista ausgesprochen haben. Die Fraktion der Grünen unterstützt die Motion, stellt deren Notwendigkeit aber in Frage.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der lange Prozess in dieser Thematik seit dem 12. August 2014 bekannt ist. Daran ändert auch die Motion nichts. Die Ortsplanungsrevision muss erneut als Problemlöser herhalten. Die BDP erwartet von einer Ortsplanungsrevision, was hier durch einen Vorstoss eingereicht und verlangt wurde: Eine ergebnisoffene und attraktive Raumentwicklung in den Interessen der Stadt Thun. Eine bessere Kommunikation vor einer Abstimmung wäre wichtig. Die Motion rennt offene Türen ein. Dabei ist die Ortsplanungsrevision aber sicherlich das richtige Gefäss. Die Lachen-Wiese dient weiterhin als eine günstige Konkurrenz zum Parking KKThun, wobei Diskussionen über die Betriebskosten zu erwarten sind. Die Ortsplanungsrevision wird womöglich auch die Parkiermöglichkeiten im Quartier lösen. Eine Zufriedenheit der Strämu-Gäste, die auch im Sommer weiterhin günstig auf der Lachen-Wiese parkieren können, ist zu erwarten. Die Fraktion stellt den Nutzen der Motion in Frage. Die BDP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth erklärt, dass es sich bei den diversen Anlässen auf dem Lachenareal vor allem um das Budenfest handle. Das Areal könnte aber für andere Anlässe genutzt werden. Sie dankt den Räten für die Ergebnisoffenheit. Im partizipativen Prozess zusammen mit der Ortsplanungsrevision wird diese Schlüsselfläche und das angrenzende Gebiet ein wichtiges Thema sein. Sie dankt für die Formulierung und den Vertrauensbeweis.

Der Rat nimmt die Motion einstimmig an.

7. **Motion M 3/2014 betreffend Leben geniessen in mediterranen Nächten in der Innenstadt/Aussenausschank in den Gastgewerbebetrieben während der Sommermonate**

Alain Kleiner (SVP), Alice Kropf (SP), und Mitunterzeichnende; Beantwortung

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, erläutert das Geschäft. Alle Involvierten, insbesondere die Wirte, können sich für den Vorstoss begeistern. Die IGT sei einverstanden. Der Innenstadtleist ist grundsätzlich einverstanden, hat aber nachvollziehbare Bedenken wegen des Anwohnerschutzes. Die Antwort des Gemeinderats lässt erschliessen, dass längere Öffnungszeiten bewilligungspflichtig sind und die Änderung des Ortspolizeireglements sei womöglich nicht zielführend. In der nächsten Zeit werden Gespräche mit Bern und Biel stattfinden. Eine Teilnahme ist erwünscht, da ein wenig mehr Eigenständigkeit der Gemeinden erhofft wird. Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt.

Alice Kropf Khan, **SP-Fraktion**, informiert, dass es sich hier um ein Luxusproblem handelt, welches aber nicht zu unterschätzen sei. Das gesellschaftliche Leben hat sich auf die Abend- und Nachtstunden verschoben. Vom Kanton ist es so verordnet, von den Gemeinden werde es willig umgesetzt. Die Fraktion informiert über ein Pilotprojekt der Stadt Bern, welches einen längeren Ausschank an gewissen Orten in Bern möglich machen soll. Voraussetzung dafür ist der politische Wille, der in Bern vorhanden ist. Auch

auf kantonaler Ebene ist bereits etwas im Gange. Im Herbst 2013 wurde ein Postulat überwiesen, welches den Städten und grösseren Gemeinden die Entscheidungskompetenz über gastgewerbliche Bewilligungen übertragen soll. Dieses Gespräch findet noch im Januar 2015 statt. Sie betont ihr Anliegen, eine erweiterte Kompetenz bei den Gastgewerbsbewilligungen zu haben. Die Fraktion stimmt der Motion fast einstimmig zu.

Stadtratspräsident Thomas Hiltbold weist darauf hin, dass die Motion von der Urheberschaft in ein Postulat umgewandelt wurde.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass ein solch moderat formuliertes Postulat, welches die Stadt attraktiver machen soll und bereits die Zustimmung des Innenstadtleistes hat, kaum abgelehnt werden kann. Er erinnert an das von der BDP lancierte Postulat im Zusammenhang mit der Überprüfung der Nachtruhebestimmungen aus dem vergangenen Jahr. Die BDP unterstützt daher den Vorstoss. Die Fraktion gibt dem Gemeinderat grundsätzlich recht, dass mit den heutigen gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeiten begrenzt sind. Dennoch sollte die Thematik weiter verfolgt werden. Die Fraktion sieht zwei Lösungsansätze. Einerseits könnte sie sich vorstellen, dem Vorschlag des Gemeinderates zu folgen und das Postulat abzulehnen, um dieses dann zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die gesetzlichen Vorgaben klarer sind, wieder aufzunehmen. Die Fraktion hat sich allerdings für die zweite Möglichkeit entschieden. Sie unterstützt den Vorstoss mit dem Ziel, dem Gemeinderat für die kommenden Gespräche den Rücken zu stärken. Die Fraktion verweist auf die Antwort des Gemeinderates, in der dessen Haltung ausbleibt. Die BDP geht davon aus, dass der Gemeinderat ebenfalls daran interessiert sei, den Gastronomiebetrieben moderat entgegenzukommen und dadurch eine attraktivere Innenstadt zu gestalten.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, spricht Sympathie für das Anliegen aus. Den gesellschaftlichen Veränderungen werde nicht genügend Rechnung getragen. Die Fraktion findet den Vorstoss gut, möchte aber nichts unterstützen, was rechtlich gar nicht möglich ist. Aus diesem Grund hat sie sich über das Geschäft informiert. Tatsächlich sei auf kantonaler Ebene etwas im Gange. Diesen Funken Hoffnung will die Fraktion nicht gleich wieder durch die Ablehnung des Postulates auslöschen. Sie unterstützt deshalb die Überweisung des Postulates. Über die Haltung des Gemeinderates spricht sich die Fraktion kritisch aus. In der Antwort des Gemeinderates wären mehr Informationen über das laufende Geschehen in Bern wünschenswert gewesen.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, dankt für die Antwort des Gemeinderates. Die Fraktion hat grundsätzlich Sympathien für das Anliegen. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass er die gesetzlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Anliegens schafft. Das Postulat im grossen Rat sei bereits angenommen worden und ist zurzeit in Bearbeitung. Die Fraktion würde es begrüssen, wenn die Städte mehr Autonomie hätten, um so den lokalen Bedürfnissen besser entgegenkommen zu können. Die Fraktion erhofft sich, dass die Stadtbehörden die Anliegen der Fraktion bei den kommenden Gesprächen zwischen der Stadt und dem Kanton vertreten werden. Die Fraktion der Mitte wird das Postulat annehmen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler gibt eine Antwort auf Stadträtin Andrea de Meurons Kritik. Er bestätigt den Mangel an Hinweisen zum Postulat im grossen Rat und den kommenden Gesprächen zwischen Städten und dem Kanton in der Antwort des Gemeinderates. Bei einer vorzeitigen Anfrage, ob die Motion überhaupt möglich ist, hätte frühzeitig Einiges geklärt werden können. Er erläutert die Konfliktsituation. Auf der einen Seite sind die Anwohner, die eine Nachtruhe wollen. Auf der anderen Seite sind die Leute, die den Ausgang pflegen möchten. Die Behörde sei dauernd in diesem Zwiespalt. Das Postulat würde auch bedeuten, dass eine noch zu bestimmende Instanz in den jeweiligen sommerlichen Nächten über die Zeiten des Ausschanks bestimmen müsste. Der Gemeinderat wehrt sich nicht dagegen, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Er versichert den Räten einen vertrauensvollen Umgang in den kommenden Gesprächen. Die Regierungsstatthalter seien aber nicht begeistert von der Idee, diese Kompetenz an die Gemeinden abzugeben. Er meint zudem, in Bern eine Differenz zwischen der Stadt und dem Regierungsstatthalter in den geforderten Praxisänderungen feststellen zu können.

Alice Kropf Khan (SP) entgegnet, dass sich der Stadthalter nach langem Druck bereit erklärte, im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens bei dem Vorhaben in Bern mitzuhelfen. Es ziehen alle am gleichen Strick, um gemeinsam eine Lösung zu finden.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

8. Postulat P 7/2014 betreffend Sendeanlagen auf städtischen Liegenschaften;

Alfred Blaser (SP), Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende; Beantwortung

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Empfehlung, das Postulat anzunehmen. Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die ständige Weisung Nr. 74 vom 19. Februar 1999 mit der aktuellen Marktsituation und den geltenden gesetzlichen Vorgaben zu synchronisieren. Die bestehende Mobilfunksendeanlage in unmittelbarer Nähe der Sportanlage Lachen sowie deren Baurecht stehe im Widerspruch zu den Papieren, die revidiert werden müssten. Die Anlage hätte gar nicht gebaut werden dürfen. Die Telefonbranche ist laufend auf der Suche nach neuen Sendestandorten. Die Behörde auf der anderen Seite möchte nicht Partei sein. Durch dieses Papier sind sie es jedoch. Die Fraktion ist erfreut über die Bereitschaft der Behörde, den Zugang zu öffentlichen Bauten zu überdenken. Die Fraktion hält es für sinnvoll, die Definition des Begriffs Sendeanlage im überarbeiteten Dokument aufzunehmen und allenfalls die bisherigen Standorte auf deren technischen Möglichkeiten zu überprüfen. Die Fraktion ist gespannt, wie die Sachkommission beim Vorliegen des neuen Papiers informiert wird.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, freut sich über die Antwort des Gemeinderates. Es ist gut, dass die Sache mit einer Lauffrist von 15 Jahren für eine Weisung überprüft wird. Die technischen Entwicklungen im Mobilmarkt sprechen ebenfalls für die Überprüfung. Allenfalls könnte sogar ein finanzieller Vorteil möglich sein. Die Fraktion ist gespannt auf die Reaktion der Direktionen Bauinspektorat und Bau und Liegenschaften, wenn es Einsprachen gegen solche Installationen gibt. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die wohlwollende Aufnahme des Antrags und hofft auf einen weiterhin offenen und weitsichtigen Gemeinderat. Die Fraktion der Mitte unterstützt einstimmig die Annahme des Postulats.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, findet es nicht richtig, wenn der Gemeinderat Installationen von Sendeanlagen auf öffentlichen Liegenschaften kategorisch ausschliesst. Da mit einem weiteren Anstieg des Datenverkehrs gerechnet werden kann, ist die Überprüfung von städtischen Anlagen eine Option. Es scheint, dass sich die Ansprüche an die mobile Kommunikation in der Schweiz rasant entwickeln. Die BDP-Fraktion stimmt der Annahme des Postulats zu.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

Der **Stadtratspräsident** Thomas Hiltbold schliesst die Sitzung und verschiebt die restlichen Traktanden auf die nächste Stadtratssitzung im Februar.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger informiert, dass keine Vorstösse eingereicht wurden.

Stadtratspräsident Thomas Hiltbold erinnert an den Skitag vom 28. Februar 2015.

Weiter macht er auf das Politforum vom 13./14. März 2015 in Thun aufmerksam. Thema wird die Raumplanung sein, welche für Thun wichtig ist. Er hofft auf viele Teilnehmende.

Verschobene Geschäfte

- 9. Postulat P 8/2014 betreffend Perimeter-Erweiterung für Zonenparkkarten
- 10. Postulat P 6/2014 einer Kultur- und Ausgehmeile auf der kleinen Allmend
- 11. Interpellation I 5/2014 betreffend künftige Nutzung Schadaugärtnerei

Der Stadtratspräsident


Thomas Hiltbold

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger